



Friedberg wird zum Angriffsziel

Adé zivile Stadtentwicklung

Gemeinsam mit dem Munitionsdepot Köppern und dem Übungsplatz bei Ockstadt stellt das Kasernengelände in Friedberg für die Bundeswehr einen strategisch wichtigen Standort dar. Die Linke Friedberg teilt jedoch die Auffassung nicht, Friedberg könne durch eine Ansiedlung der Bundeswehr profitieren.

Vor zehn Jahren hatte die Stadtverordnetenversammlung für das Erstzugriffsrecht auf das Kasernengelände gestimmt und damit für eine zivile Stadtentwicklung unter Regie und im Interesse der Stadt Friedberg.

Sechs Jahre lang wurde versäumt, das Projekt umzusetzen. Der Erstzugriff wurde revidiert und man suchte stattdessen nach privaten Investoren.

Nun fällt das Gelände an

Weiter auf Seite 2

**Parkhausneubau
mit Kino**

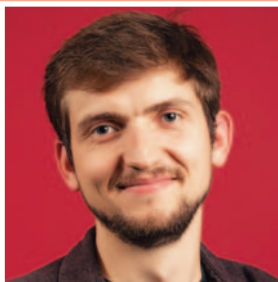
Friedbergs neues Leuchtturm- projekt?

Friedberg soll ein Kino bekommen. Der Neubau des maroden City-Parkhauses soll dafür genutzt werden. Während der Stadtverordnetenversammlung am 26. 2. 2026 wurde ein Bebauungsplanverfahren für den Parkhausneubau mit stadt-

Fortsetzung auf Seite 4

Ideen, Fragen oder Anregungen?

Sie können sich gerne an die linke Fraktion im Friedberger Stadtparlament wenden! Wir sind nicht nur im Wahlkampf erreichbar. Sprechen Sie uns an!



Lukas Freiburger

Schwerpunkte: Frieden und Kultur. e-mail: lukas.freiburger@dielinke-friedberg.de



Anja ElFechtali

Schwerpunkte: Wohnen und Soziales. e-mail: anja.elfechtali@dielinke-friedberg.de

Adé zivile Stadtentwicklung

die Bundeswehr und der Aufrüstungsspirale zum Opfer. An die Stelle von ziviler Entwicklung tritt eine militärische, die statt Sicherheit genau das Gegenteil schafft. Die Kreisstadt wird im Kriegsfall zu einem Angriffsziel.

Kaum Vorteile

Militarisierung und wirtschaftlicher Aufschwung sind längerfristig nicht miteinander vereinbar. Einer Studie des Leibniz Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge hatte die Schließung von Kasernengeländen weitaus weniger gravierende Folgen, als immer behauptet wird. Ebenso werden die wirtschaftlichen Vorteile der Kasernenreaktivierung nicht den erhofften Aufschwung bringen.

Zukunft nur mit ziviler Entwicklung

Während die anderen Fraktionen im Stadtparlament den Einzug der Bundeswehr begrüßen oder ihn konstruktiv begleiten wollen, sehen wir, dass zivile Infrastruktur wirtschaftlich immer deutlich nachhaltiger als militärische ist. Die zivile

Entwicklung des Geländes hätte neben Wohnraum auch soziale und kulturelle Infrastruktur sowie Platz für Gewerbe geschaffen.

Mit der Abkehr vom Plan der zivilen Nutzung entgehen Friedberg erhebliche Einnahmen, wie etwa aus der Gewerbesteuer. Militärische Einrichtungen nutzen kommunale Infrastruktur, ohne eine Gewerbe- oder Grundsteuer zu entrichten.

Kein Mitspracherecht, keine Perspektive

Ebenfalls problematisch ist, dass den städtischen Gremien keinerlei Mitspracherecht über die Ansiedlung der Bundeswehr zusteht. Demokratie, die hier verteidigt werden soll, sucht man vergeblich. Umso größer wiegt das Versäumnis der Politik des letzten Jahrzehnts, dass der Erstzugriff nicht umgesetzt wurde.

Wir dürfen nicht einfach dabei zusehen, wie 74 Hektar Land statt für Stadtentwicklung der Kriegsvorbereitung zum Opfer fallen. Es war Wohnraum für bis zu 5.000 Einwohner geplant!

In Friedberg herrscht ein extremer Siedlungsdruck durch die direkte Nachbarschaft zu Frankfurt. Der Wohnraum wird dringend benötigt und vor allem sozialer, bezahlbarer Wohnraum. Durch die Ansiedlung der Bundeswehr wird der Druck auf den Wohnungsmarkt nochmal deutlich verschärft.

Militär kommt immer zuerst. Zivile Ziele sind nachgeordnet.

Mit Entsetzen beobachten wir, wie schnell andere politische Akteure in Friedberg in die Kriegsrhetorik einstimmen und ein vermeintliches Sicherheitsinteresse in Einklang mit der dringend notwendigen Stadtentwicklung bringen wollen. Eine solche Übereinstimmung wird es kaum geben. Denn im Zweifel wird die Bundeswehr immer Vorrang haben.

“Wir sind wenig optimistisch, dass die Bundeswehr den Plänen der Stadt entgegen kommt. Und die Sicherheit in der Stadt wird durch stationierte Soldaten auch nicht gerade erhöht“, bewertet die linke Fraktion das zukünftige Verhältnis zwischen Stadt und Bundeswehr.

Hitzeschutz wird immer wichtiger!

Die linke Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung setzt sich dafür ein, dass ein städtisches Hitzeschutzkonzept erarbeitet wird. Bisher gibt es seitens der Stadt gute Tips, wie schattige Orte aufsuchen und viel trinken. Doch Hitzeschutz muss bei der Stadtentwicklung grundsätzlich mitgedacht werden!

Die Anzahl der Tage über 30 Grad Celsius hat sich seit den 1950er Jahren flächendeckend verdreifacht. Seit dem extrem heißen und dünnen Jahr 2003 folgten extreme Hitzewellen in den Jahren 2018, 2019 und 2022 und aktuell 2026.

Diese Klimaerhitzung wird sich fortsetzen, solange keine ernsthafte Kehrtwende in der Klimapolitik stattfindet.

Und danach sieht es nicht aus. Im Gegenteil!

Bisher sind Städte nicht verpflichtet, einen Hitzeschutzplan aufzustellen.

Auch Friedberg hat für den Hitzeschutz kein Konzept. Doch das wird zukünftig immer wichtiger.

Hitzeschutzmaßnahmen sind beispielsweise:

- Ausweitung des Baumbestands, grüne Inseln in

der Stadt und parkähnliche unbebaute Flächen in der Umgebung.

- gekühlte Aufenthaltsorte in öffentlichen Gebäuden (Stadthalle, Museum, Bibliothek, Sporthallen usw.).

- Trinkwasserbrunnen auf der Kaiserstraße und am Bahnhof.

- Kühle Plätze (auch zum Übernachten) und Hilfen für besonders gefährdete Personengruppen, wie Alte und chronisch Kranke. Oder für Menschen, die in nicht isolierten schlechten Wohnungen leben müssen.

Dafür müssen die öffentlichen Gebäude mit Klimaanlagen ausgestattet und in der Stadtplanung andere Aspekte mit berücksichtigt werden.



Herausgeber:

DIE LINKE. Wetterau

**ViSdP.: Lukas Freiburger,
Friedberg.**

e-mail: [info@](mailto:info@die-linke-wetterau.de)

die-linke-wetterau.de

Besuchen Sie unsere

Homepage:

www.die-linke-wetterau.de

Parkhausneubau mit Kino

Friedbergs neues Leuchtturmprojekt?

eigenem Kino in die Wege geleitet.

Die Linke steht dem Projekt positiv gegenüber. Zusammen mit der geplanten Gastronomie im Kino kann hier ein Treffpunkt auch für Jugendliche entstehen. Das Kino selbst stellt eine kulturelle Bereicherung für Friedberg dar.

Gleichzeitig ist der Eigenbetrieb eines Kinos nicht ohne Risiken. Das Durchschnittsalter der Kinogäste liegt aktuell bei etwa 40 Jahren. Junge Menschen unter 25 besuchen kaum noch Kinos. In 2024 und 2025 waren die Besucherzahlen in der Kinobranche deutschlandweit rückläufig.

Es stellt sich also die Frage: Was passiert mit dem Gebäude, sollte sich der Betrieb des Kinos für einen zukünftigen Pächter nicht mehr rechnen?

Die Stadt müsste also bereits bei der Planung Alternativnutzungen mitdenken. So könnten die Kinosäle auch für Vorlesungen der THM genutzt werden. Das Gießener Kinopolis hat bereits eine solche Kooperation mit der THM. Auch eine Alternativnutzung als Theaterspielstätte sollte geprüft werden. Hier wäre beispielsweise eine Zusammenarbeit mit dem „Theater Altes Hallenbad“ möglich. Die Stadt hat bereits darü-

ber nachgedacht, wie ein Kino bei Ausfall oder Insolvenz alternativ genutzt werden kann. Wohnraum, Einzelhandel, Büro, Co-Working? Das Ergebnis: Zu teuer und wirtschaftlich zu unsicher.

Wir Linke sind dafür, auch solche Ideen zu prüfen. Denn eine Mehrinvestition während der Planungs- und Bauphase ist am Ende günstiger als ein etwaiger Leerstand des Gebäudes.

Durch die Planung von Alternativnutzungen kann das Risiko deutlich minimiert werden.

Noch steckt das zukünftige Kino in den Kinderschuhen. Damit es zum „Leuchtturmprojekt“ wird, muss wohl noch einiges bedacht werden. Wir begleiten das Projekt weiterhin konstruktiv und bringen Ideen ein.



Fatma Demirkol

Schwerpunkte: ÖPNV und Barrierefreiheit. e-mail: fatma.demirkol@dielinke-friedberg.de



Sonja Burmester

Schwerpunkte: Umwelt und Verkehr. e-mail: sonja.burmester@dielinke-friedberg.de



Mehmet Turan (Stadtrat)

Schwerpunkte: Finanzen und Migration. e-mail: mehmet.turan@dielinke-friedberg.de